

freiBRIEF

Freidenker
Deutscher Freidenker-Verband

NRW-INFO
2018 - 3+4



Marx in Marxloh, Vortrag 5.8.2018: Im Jahr des 200sten Geburtstages von Karl Marx, 170 Jahre nach dem ersten Erscheinen der Neuen Rheinischen Zeitung mit Marx als Chefredakteur am 1. Juni 1848 in Köln
montage: arbeiterfotografie.com

170 JAHRE NEUE RHEINISCHE ZEITUNG – SEIT 2005 ONLINE

Bei der Veranstaltungsreihe Marx in Marxloh der Duisburger Freidenker hieß es: Marx n'Media, zu deutsch Marx und die Medien. Karl Marx betrieb die revolutionäre Neue Rheinische Zeitung (NRhZ – nicht zu verwechseln mit NRZ) beginnend vor 170 Jahren (1.6.1848) im preußischen Köln nur ein knappes Jahr bis zu ihrem Verbot 1849. Am 19. Mai 1849 erschien die letzte Ausgabe Nr. 301 ganz in rot gedruckt. Heute erscheint die Neue Rheinische Zeitung in Zusammenarbeit mit der Arbeiterfotografie als Online-Ausgabe. Die Herausgeber Anneliese Fikentscher und Andreas Neumann gehen der Frage nach, wie wir unsere nicht Mainstream konformen Inhalte dokumentieren und transportieren können. Präsentiert wurden dazu auch Videoaufnahmen und Fotos der Theateraufführung „Frau Kapital und Dr. Marx“ in Duisburg – ebenfalls bei Marx in Marxloh.

Es war die zweite Chefredaktion nach der von bürgerlichen Oppositionellen (darunter Bankern) betriebenen Rheinischen Zeitung, die Karl Marx als 30-jähriger mit der Neuen Rheinischen Zeitung antrat. Und wie die ebenfalls

in Köln erscheinende Vorgängerin (1842-43) betrug ihre Lebensdauer nur ein (knappes) Jahr vom 1. Juni 1848 bis zum 19. Mai 1849:

„Wir mußten unsere Festung übergeben, aber wir zogen ab mit Waffen und Bagage, mit klingendem Spiel und mit der fliegenden Fahne der letzten, roten, Nummer, in der wir die Kölner Arbeiter vor hoffnungslosen Putschen warnen und ihnen zuriefen:

Die Redakteure der ‘Neuen Rheinischen Zeitung’ danken Euch beim Abschiede für die ihnen bewiesene Teilnahme. Ihr letztes Wort wird immer und überall sein: Emanzipation der arbeitenden Klasse!

So endete die ‘Neue Rheinische Zeitung’, kurz ehe ihr erster Jahrgang vollendet. Mit fast gar keinen Geldmitteln angefangen – die wenigen ihr zugesicherten entgingen ihr, wie gesagt, bald –, brachte sie es schon im September auf eine Auflage von fast 5.000. Der Belagerungszustand von Köln suspendierte sie; Mitte Oktober mußte sie wieder von vorne anfangen. Aber im Mai 1849 bei ihrer Unterdrückung stand sie schon wieder auf 6.000 Abonnenten, während die ‘Kölnische’ damals, nach ihrem eigenen Eingeständnis, nicht über 9.000 besaß. Keine deutsche Zeitung, weder vorher noch nachher, hat je die Macht und den Einfluß besessen, hat es verstanden, so die proletarischen Massen zu elektrisieren wie die ‘Neue Rheinische’, Und das verdankte sie vor allem Marx.“

Diese Einschätzung verfaßt Friedrich Engels 1884 ein Jahr nach Marx’ Tod 1883 (und seiner vielbeachteten Grabrede).¹ Dabei bemerkte er: „Die Verfassung der Redaktion war die einfache Diktatur von Marx. Ein großes Tageblatt, das zur bestimmten Stunde fertig sein muß, kann bei keiner anderen Verfassung eine folgerechte Haltung bewahren. Hier aber war noch dazu Marx’ Diktatur selbstverständlich, unbestritten, von uns allen gern anerkannt. Es war in erster Linie sein klarer Blick und seine sichere Haltung, die das Blatt zur berühmtesten deutschen Zeitung der Revolutionsjahre gemacht haben.“

MARX n’MEDIA & MÜNZENBERG

Für die praktische Durchführung bedurfte es neben der inhaltlichen Leistung von Redakteuren, Feuilletonisten und Korrespondenten der technischen Produktionsmittel raumgreifender Druckmaschinen, Redaktionsräumen und der

Organisierung des Vertriebs. Die preussische Zensur setzte dem ein Ende. Es folgten bald darauf die Kommunistenprozesse. Marx hatte sich der Verhaftung durch Ausreise entzogen.

Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter

Das zweite historisch herausragende Presseprojekt auf kommunistischer Basis, die Arbeiter-Illustrierte-Zeitung A-I-Z (1926-1933), wurde im darauf folgenden Jahrhundert aufgebaut und vorangetrieben durch Lenin-Zögling und Gründer der Arbeiterfotografen-Bewegung, Willi Münzenberg. Die A-I-Z war zeitweilig mit einer halben Million Exemplaren die zweit-auflagenstärkste Illustrierte der Weimarer Republik. Münzenberg errichtete einen Verlagskonzern mit Buch- und Filmproduktion vor allem mit dem Vertrieb von Filmen aus der revolutionären SU. Marx kämpfte mit der preußischen Zensur, Münzenberg zuletzt mit dem NS-Kapitalismus, dessen unverhohlener Faschismus sich einen bis dahin ungeahnten Propaganda-Apparat aufgebaut hatte, den Willi Münzenberg in „Propaganda als Waffe“ analytisch durchleuchtete (siehe freiBRIEF 2013-2+3).

Kampf gegen das Kapital, für Frieden und Solidarität

Das magische Dreieck Neue Rheinische Zeitung (1848/49), Arbeiter-Illustrierte-Zeitung und Arbeiterfotografen-Bewegung mit dem Bogen zur Neuen Neuen Rheinischen Zeitung (ab August 2005 online) ist wiederum an eine charismatische Persönlichkeit von unerschütterlich linker Überzeugung geknüpft. Der Medienmacher und NRhZ-Initiator Peter Kleinert war Redakteur beim Kölner Stadt-Anzeiger (Nachfolger der Marx-Gegenspielerin 'Kölnische Zeitung'). Aufgrund eines Fernsehfilms über 'Pressefreiheit' folgte die Kündigung. Als Film- und Fernsehmacher (Kanal4) schrieb er mit dem KAOS-Team Mediengeschichte. Die religionskritischen Werke von Karlheinz Deschner sind in mehreren seiner Filmportraits dokumentiert.

Als 68er danach befragt, was das Wichtigste war, was es damals zu erreichen galt, antwortete er (2009): „Das war und ist heute noch der Kampf gegen das Kapital, für Frieden – damals in Vietnam –, gegen die Unterdrückung der Informations- und Meinungsfreiheit und deren Profiteure in Wirtschaft und Politik. (...) Gerechtigkeit, Friedenspolitik und Sozialismus haben wir noch immer nicht, weil wir die meisten der arbeitenden Menschen nicht erreicht haben, nicht mal eine wesentliche Zahl der gewerkschaftlich Organisierten. (...) Eine wesentliche Ursache scheint mir aber auch die ideologische Zersplitterung der 'Linken' zu sein: Jede Gruppe meint heute wie damals, sie allein wisse den richtigen Weg. Es fehlt an Solidarität.“

Und es fehlte auch und immer wieder an Veröffentlichungsorganen, die die Geschichte „von unten“ zum Zuge kommen ließen, systemkritische Gedanken, wichtige Kämpfe sozialemanzipatorischer Bewegungen. So entstand nach den Vorläufer-Druckprodukten „Kölner Volksblatt“ und „Kölner Woche“, deren Verdienst es war, den Skandal der Insidergeschäfte des ehemaligen Kölner Stadtdirektors Klaus Heugel in Zusammenhang mit dem Oppenheim-Esch-Fonds zum Politikum werden zu lassen.

Immer wieder mittwochs – nach 170 Jahren – ein neues Organ der Demokratie

Am 1. Juni 2018 jährte sich zum 170sten Mal die Ersterscheinung der Neuen Rheinischen Zeitung. Im August 2018 ist die NRhZ-online seit 13 Jahren 'auf dem Sender' als 'Organ der Demokratie' zur freien Meinungsbildung und ambitioniertes Projekt, unbestechlich, konsequent, kompromisslos, d.h. ohne faule Kompromisse. Die marx'schen Leitgedanken im Blick behaltend: Keine vorschnellen, unüberlegten (Farb- und Frühlings-)Revolutionen, „Putsche“... und – wie der Karl Marx in der Auf-führung des Weber-Herzog-Musiktheaters singt: Von Zeit zu Zeit – siegen die Arbeiter, aber nur – vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist – nicht der unmittelbare Erfolg... sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter. Sie ersteht immer wieder – stärker – fester – mächtiger.²

Motto von Marx: An allem ist zu zweifeln. De omnibus dubitandum.

Die um sich greifende Spaltung und Zersetzung linker Bewegungen und Organisationen wie Parteien spielt in die Hände der Gegner. Alle Regeln und Grundsätze des dialektischen Diskurses sind in Frage gestellt. Es etablierten sich Verbote des Miteinander-Redens, der Akzeptanz von Meinungsfreiheit, des unabhängigen Denkens, der Streitbarkeit, der Faktentreue... Die Verleihung des Kölner Karlspreises 2017 für engagierte Literatur und Publizistik durch die NRhZ an den investigativen Journalisten Ken Jebsen war gezeichnet von Diffamierung und Häme in der Presse-landschaft von Springers „Welt“ bis „junge Welt“. Die hochaktuelle Enttarnung des Wikipedia-Schreibers „Feliks“, der besonders im linken Lager wütet, zeigt, wie diese Strukturen funktionieren und wie sie begründet sind. Auch die Arbeiterfotografie und die NRhZ sind Projektionsfläche der Kräfte, die eine „immer weiter um sich greifende Vereinigung“ (der Arbeiter) nicht zulassen wollen...



München, 2. Februar 2002: Die Proteste gegen die NATO-„Sicherheitskonferenz“ wurde aus „Sicherheitsbedenken“ verboten, wegen der angeblich gewaltbereiten radikalen Linken
foto: arbeiterfotografie.com

- 1) veröffentlicht in „Der Sozialdemokrat“ Nr. 11, 13. 3.1884, Quelle: http://www.mlwerke.de/me/me21/me21_016.htm und [http://www.deutschestextarchiv.de/nrhZ/mit allen Ausgaben und Beilagen \(teils mit Urheberrechts-Auslassungen\)](http://www.deutschestextarchiv.de/nrhZ/mit%20allen%20Ausgaben%20und%20Beilagen%20teils%20mit%20Urheberrechts-Auslassungen)
- 2) Marx-Zitat aus dem Kommunistischen Manifest

Klaus Hartmann beim UZ-Pressesfest 2018 Gegen die NATO-Ostfront – raus aus der NATO

Im Juli 2015 initiierten der Deutsche Freidenker-Verband und der Bundesverband Arbeiterfotografie eine Kampagne mit dem Titel Sagt NEIN, ächtet Aggressionen, bannt die Weltkriegsgefahr!. Diese Kampagne, die den Austritt Deutschlands aus der Nato und die Kündigung aller Nato-Standorte in Deutschland fordert, wird mittlerweile von 60 Organisationen unterstützt, so auch vom DDR-Kabinett Bochum.

Das Ziel dieser Kampagne war und ist es, der Friedensbewegung eine konkrete Forderung an die Hand zu geben. In dem Aufruf wird nicht nur die Nato als Verursacherin der aktuell geführten und auch drohenden Kriege benannt. Darüber hinaus wird ein konkretes Ziel angegeben: die Schwächung des zentralen Militärbündnisses der führenden imperialistischen Mächte, indem ein Mitglied sich aus ihm verabschiedet.

Nun ist das leichter gedacht als getan. Denn der Einwände sind da viele. Allen voran wird die Frage gestellt: ist denn ein Austritt überhaupt möglich? Andere wiederum fürchten die Auferstehung eines von allen Nato-Partnern bisher in Schach gehaltenen besonders aggressiven deutschen Imperialismus. Ja, und wer ist denn der Hauptfeind? Deutschland, die USA oder Russland oder alle zugleich? Angesichts des zur Zeit massiven Aufbaus von Militärpotenzial an den Grenzen zur Russischen Föderation seitens der Nato ist die Klärung dieser Fragen für die Friedensbewegung notwendig.

Aus diesem Grund hatte das DDR-Kabinett Bochum e.V. auf dem UZ-Pressesfest am 9. September unseren Bundesvorsitzenden Klaus Hartmann in das Thälmann-Zelt eingeladen.

Die Ostfront – ein alter Kampf begriff ...

Die Nato-Ostfront ist keine Wortschöpfung des Freidenker-Verbandes. In den Diskussionen um die Beschaffung ausreichender Winterkleidung für die Soldaten der Bundeswehr sprach die amtierende Kriegsministerin Leyen von genau dieser Front, wohlwissend, dass der russische Winter in der Vergangenheit dazu beitrug, Aggressoren zu demoralisieren. Die Kleiderfrage ist nur Teil eines ehrgeizigen Rüstungsprogramms. So sollen Brücken und Autobahnen für die schnelle Mobilität der Truppen in den kommenden 7 Jahren EU-weit 'panzertauglich' gemacht werden, alle Waffengattungen werden quantitativ und qualitativ aufgestockt und in Ulm wird in der Wilhelmsburg-Kaserne ein neues Nato-Hauptquartier eröffnet, das schnelle Truppen- und Materialtransporte für weltweite Militäreinsätze zu koordinieren hat.

Der hektischen Betriebsamkeit in den Nato-Hinterländern entspricht ein reges Treiben an den Grenzen zur Russischen Föderation.

Zunächst einmal wuchs die Zahl der Nato-Mitgliedstaaten seit seiner Gründung als Militärbündnis gegen die Sowjet-

union von 12 auf mittlerweile 29 Staaten. Einige von ihnen sind ehemalige Sowjetrepubliken bzw. ehemalige Mitgliedsländer des Warschauer Vertragssystems. Diese unterstellen ihre Armeen nicht nur dem Nato-Hauptkommando. Auf ihrem Territorium sind entgegen der Russisch-Amerikanischen Akte (1) auch Truppen und Waffen anderer Nato-Staaten stationiert. Damit wird auch eine mündliche Zusage des damaligen US-Präsidenten Reagan gegenüber Gorbatschow gebrochen (die mit jetzt veröffentlichtem US-Archiv-Material belegbar ist): es würden keine Nato-Standorte in Richtung der russischen Grenzen verlegt.

Eine der Fremdstationierungen wird von der Bundeswehr übernommen, und zwar in Litauen. Ebenso eingebunden ist die Bundeswehr in alle derzeit laufenden Nato-Übungen an den Grenzen zur Russischen Föderation mit der verräterischen Zielstellung, es werde die Vorwärtsverteidigung geübt - also 'Angriff ist die beste Verteidigung'? Gegen wen wird was verteidigt?

... gegen einen altbekannten Feind

Die deutsche Kriegsministerin postuliert, man müsse aus der Position der Stärke mit Russland verhandeln. Ist der Nato-Aufmarsch an den Grenzen zur Russischen Föderation also lediglich ein Säbelrasseln der westlichen imperialistischen Staaten zur Einschüchterung eines souveränen, staatskapitalistisch organisierten Gegners oder wird real der grosse showdown mit ihm geplant?

Oder ist gar das Rezept des Totrüstens aus der Schublade gezogen worden, das schon einmal einem ehemaligen Gegner - die Sowjetunion - Schaden zufügte? Angesichts der Zahlenverhältnisse rüsten sich eher die Nato-Staaten zu Tode: allein die USA geben 700 Mrd \$ und die EU 900 Mrd \$ aus. Demgegenüber hat die RF ihr Militärbudget um 20% auf 55,3 Mrd gesenkt.

Interessanter sind Verlautbarungen führender nordamerikanischer und britischer Militärs. Sie verkünden die Notwendigkeit des Sieges der USA im Wettbewerb zwischen den Grossmächten (2). Und damit wird auch Leyens angestrebte 'Position der Stärke' verständlich. Es wird hier von einem Systemkrieg gesprochen, der auf unterschiedlichen Ebenen geführt wird und der auch in einen Angriffskrieg münden kann. Denn offensichtlich hat die auf gegenseitige Achtung basierte Aussenpolitik der Russischen Föderation und der VR China gegenüber den Ländern des Trikont eine grosse Anziehungskraft, waren und sind letztere lediglich Ausbeutungsobjekt der westlichen Industrienationen gewesen. Ebenfalls verspricht der staatskapitalistische Weg der beiden Grossmächte eine höhere wirtschaftliche Stabilität und Nachhaltigkeit als die desaströse Vernutzung der natürlichen Ressourcen durch



den immer aggressiver geführten ökonomischen Konkurrenzkampf der westlichen Industrienationen.

Und was haben wir davon?

Dieser ganze Nato-Zauber kostet Geld und jeder Stationierungsort ist potentes Zerstörungsziel im Ernstfall. Die geplante Erhöhung des Militärbudgets in der BRD um 1,5% entspringt einem realen Bedürfnis. Es ist aber nicht das Bedürfnis derjenigen, die die Milliardenbeträge erarbeiten und die im Kriegsfall mit ihrem Leben bezahlen werden.

Nun ist seit Jahrzehnten lt. Umfragen eine stabile Mehrheit der Bundesdeutschen gegen Militäreinsätze im Ausland. Und auch für die Haltung der Russischen Föderation zur Krim haben die Mehrheit der Befragten Verständnis. Also ist anzunehmen, dass die Forderung nach dem Austritt aus der Nato breit und schnell verstanden wird. Und juristisch ist es möglich, und zwar sehr kurzfristig. Laut Artikel 13 des Nordatlantikvertrages "[kann] jede Partei aus dem Vertrag ausscheiden, und zwar ein Jahr, nachdem sie der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die Kündigung mitgeteilt hat". Ebenso kann der Bundestag alle Nato-Stationierungsorte mit 2-jähriger Vorlaufzeit kündigen.

Einwände

Warum ist die Forderung nach dem Austritt der Brd aus der Nato nicht selbstverständlicher Konsens in der Friedensbewegung? Die Einwände sind unterschiedlich.

So z.B. wird ein besonders aggressiver deutscher Imperialismus postuliert, der nur durch die Nato-Mitgliedschaft gezügelt werden könne. Dies ist eine merkwürdige Sichtweise, denn sie blendet aus, dass insbesondere nach der Zerschlagung des sozialistischen Lagers der BRD-Imperialismus seine politische und militärische Aggressivität im Rahmen der Nato entfalten konnte. Zu denken ist an die Schürung der kroatischen Sezessionsbestrebungen, an die Stationierung deutscher Soldaten in Afghanistan und Mali. Ebenso verdankt sie der Nato die jetzige Stationierung deutscher Soldaten in Litauen. Dass in Bündel die Brd eine Mitverfügung über die dort lagernden US-amerikanischen Atomwaffen hat, verdankt sie dem 2-Schlüssel-System - ebenfalls im Rahmen der Nato-Mitgliedschaft.

Also wird die Forderung nach dem Austritt aus der Nato sicherlich nicht im Interesse der Herrschenden in der Brd sein. Der Austritt muss von denjenigen erstritten werden, die den Schaden haben. Dies wiederum setzt jedoch eine breite gesellschaftliche Mobilisierung voraus. Und wenn diese einmal erreicht ist, dann wird die Brd eine andere sein.

Ein weiterer Einwand speist sich aus einer pazifistischen Grundhaltung, die die Bedrohung lediglich aus der Existenz von Waffen, insbesondere aus der Existenz von Atomwaffen herleitet. Die Atomwaffen sind die ultima ratio aller Waffen - allerdings für beide Seiten. Aus diesem Grund besteht das Arsenal der westlichen Industrienationen aus einer Palette konventioneller Waffen, die Angriffskriege kontrollierbarer machen sollen.

Deshalb ist es sträflich, Friedenspolitik lediglich auf die Forderung nach Abbau atomarer Waffen zu beschränken.

Zudem verwischen die Grenzen zwischen atomar und konventionell. Erinnert sei an den Einsatz der als konventionell eingestuften panzerbrechenden Uran-Munition, die seit Jahren ein langsames Sterben der Zivilbevölkerung im Irak und in Serbien zur Folge hat. Auch das u.a. in Rumänien und Polen installierte Aegis-System ist zunächst eine konventionelle Waffe. Als senkrecht startendes Abschussystem verringert es die Vorwarnzeiten und kann mit jeder beliebigen Raketenart - auch einer atomar bestückten - zum Einsatz kommen. Folgerichtig ist ein weltweiter Abbau der Atomwaffen nur bei Beachtung des militärischen Gleichgewichts und unter Berücksichtigung des politischen und ökonomischen Charakters der jeweiligen Grossmächte zu begrüssen.

Aufgaben der Friedensbewegung in der BRD

Die Friedensbewegung ist nicht homogen. Hier agieren Gruppen mit unterschiedlichen Schwerpunkten: Aktionen gegen konkrete Militärstandorte, Kampagnen gegen die Bundeswehrwerbung an Schulen, Kampagnen gegen die Erhöhung des Militärbudgets etc.. Jeder für sich ist nicht falsch, aber allein auch nicht richtig. Zur Zeit werden die einzelnen Kampagnen im Wettbewerb gesehen. Unsere Aufgabe besteht nun darin, die einzelnen Schwerpunkte als unterschiedliche Aspekte der Nato-Militärpolitik zu benennen. Damit entstünde für alle Teile der Friedensbewegung ein einigendes Band in zweierlei Hinsicht.

Zum einen kann die Forderung des Austritts der Brd aus der Nato Teil einer eigenständigen, am Wohl aller Menschen orientierten friedlichen Aussenpolitik sein.

Zum anderen bieten sich Chancen, eine an den konkreten Befürfnissen der Menschen orientierten Innenpolitik zu entwickeln. Die Rüstungsproduktion, der Unterhalt der Bundeswehr und der Truppenstandorte ist immer auch verbunden mit der Frage der Arbeitsplätze. Hier ist zu erinnern an die Gewerkschafts-Kampagnen zur Rüstungskonversion. Ebenso sind der Zerfall des Bildungs-, Gesundheits- und Kultursektors dieser Gesellschaft zu thematisieren und eigene Entwürfe zu formulieren. So kann Friedenspolitik vom 'Kampf gegen' zu einem 'Kampf für' werden. Und hier sind wir bei der zentralen Aufgabenstellung, die auf dem letzten Verbandstag in Potsdam beschlossen wurde: Wie wollen wir leben?. (foxx)

(1) am 27. Mai 1997 unterzeichneten in Paris die Nato-Mitgliedsländer und die Russische Föderation eine völkerrechtliche Absichtserklärung, in der u.a. die gegenseitige Achtung der Staatsgrenzen und das Verbot der Stationierung von Nato-Truppen auf fremden Territorien an den Grenzen zur Russischen Föderation vereinbart wurden.

(2) <https://thediplomat.com/2018/01/with-an-eye-on-great-power-conflict-us-defense-department-releases-2018-national-defense-strategy/>

Kündigung des Truppenstationierungsvertrages???

Die "Neue Rheinische Zeitung" hat in der Ausgabe 673 vom 12.09.2018 ein Video mit dem Titel "FRAGEN zur FRIEDENSBEWEGUNG: Truppenstationierungsvertrag kündigen?" veröffentlicht. Es wurde am 09.09.2018 auf dem UZ-Pressfest der DKP in Dortmund aufgenommen. Die Fragen hat Andreas Neumann (Arbeiterfotografie und NRhZ) an Klaus Hartmann, den Vorsitzenden des Deutschen Freidenkerverbandes, gerichtet: „Du hattest zum Schluss Deines Vortrages sehr prägnant hervorgehoben, welche Wirksamkeit die Kündigung des Truppenstationierungsvertrages hätte. Dazu zwei Fragen: Warum, wenn diese Kündigung so wirksam wäre und ein so starker Hebel wäre gegen militaristische Ambitionen, warum ist diese Forderung nicht längst eine ganz zentrale Forderung der Friedensbewegung – insbesondere auch der Initiative Stopp Ramstein, die ja sehr verbunden ist mit diesem Ausstieg aus dem Truppenstationierungsvertrag, denn wenn er gekündigt würde, dann wäre ja nicht nur Ramstein weg, sondern alle anderen Stationierungsorte in Deutschland ebenso? Und die zweite Frage: Was können wir tun, damit die Friedensbewegung stärker auf diese Forderung fokussiert?“ Darauf antwortet Klaus Hartmann.

Ja, wenn ich das alles wüsste, dann wäre die Friedensbewegung vielleicht auch schon etwas stärker fokussiert. Ich alleine habe momentan nur folgende Erklärungen: Die Friedensbewegung ist bunt und vielfältig, das wissen wir. Es gibt dort unterschiedlich(e) Kräfte, die auch sehr unterschiedliche Schwerpunkte haben. Da gibt es eben welche, die sich stärker um die Atomwaffenfrage bemühen, und dann gibt es welche, die sich stärker auf die Stationierungsorte oder auf die ausländischen Stützpunkte konzentrieren, oder auf den Tag der Bundeswehr oder auf die Unterschriftensammlung mit den 2 Prozent usw., usw.. Das ist alles kompliziert.

Ich habe vorhin eine Podiumsdiskussion in der benachbarten Halle gehabt. *[Diese Diskussion fand am Sonntag, dem 09.09.2018, um 11 Uhr statt – zum Thema "Friedensbewegung – was tun? Was sind derzeit die größten Gefahren für den Frieden? Welche Ansätze der Friedensbewegung waren in jüngster Zeit erfolgreich?"; diskutiert haben Anne Rieger (Bundesausschuss Friedensratschlag), Klaus Hartmann (Bundesverband der Freidenker), Karl-Heinz Peil (Bundesausschuss Friedensratschlag), Marion Küpker (atomwaffenfrei jetzt), Reiner Braun (abrüsten statt aufrüsten) und Björn Schmidt (DKP).]* Ich habe darauf hingewiesen, es ist uns noch nicht gelungen, die unterschiedlichen Themen, die unterschiedlichen Schwerpunkte, die unterschiedlichen Aktionsformen nicht gegeneinander zu stellen, sondern als Einheit und als Ergänzung zu begreifen. So notwendig es ist, in die Breite zu gehen, mehr betriebliche Akteure zu finden, mehr örtliche Friedensinitiativen wiederzubeleben, kommen wir eben nicht daran vorbei, dass wir weitergehende Forderungen stellen müssen, die argumentativ begründen müssen, ja mehr Sicherheit geben müssen, denen, die dort mitmachen wollen und sollen; (wir müssen) die Überzeugung stabilisieren, dass es sich lohnt, Möglichkeiten aufzeigen, dass was erreichbar ist. Und das sind alles miteinander verbundene Prozesse.

Eine Engführung alleine auf die Drohnen in Ramstein führt natürlich in die Irre und an die Wand. Man muss diese Funktion der Kriegsdrehscheibe unbedingt diskutieren. Und man muss die Frage der Unterschrift unter "Abrüsten statt aufrüsten" ebenso diskutieren im Kontext mit der NATO als der Mitgliedschaft in einem Aggressionsbündnis, was im Grunde verfassungswidrig ist und was entsprechend auf die Anklagebank gehört. Und wo die Frage, welche Schritte gegen die NATO nehmen wir uns als nächstes vor, welche Forderungen sind mehrheitsfähig, entsprechend diskutiert wird, offen diskutiert wird. Ich bin ja nicht dafür, dass wir gleich Plakate drucken, wo die schärfsten Losungen draufstehen, nur das Unterlassen der zur Diskussion stehenden Forderungen, das können wir uns nicht leisten.

FRAGEN zur FRIEDENSBEWEGUNG

1# an klaus hartmann

2# an klaus hartmann

3# an hermann kopp

???



Truppenstationierungsvertrag kündigen???
www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=25218



Deutschland raus aus der NATO???
www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=25238

Bei Ramstein ist ein bisschen was in Schiefelage geraten, aus meiner Sicht. Was die Optik angeht in der Frage – also es ist auch eine optische Frage, will ich da vorsichtig dazu sagen – es gab ja nochmal einen verkürzten Aufruf, der nur zur Blockade von Ramstein aufrief: Und dieser Aufruf, der war zum Schluss öffentlichkeitsbeherrschend, und der hatte einen strengen Fokus nur auf die Drohnenproblematik. So ist aus meiner Sicht die Gesamteinbettung von Ramstein als Kriegsdrehzscheibe und auch als die Startrampe für den antirussischen Feldzug in den Hintergrund geraten. Ich will jetzt keinen Weissager oder Propheten oder ähnliches spielen und sagen, diese Vernachlässigung der allgemeinen, grundsätzlichen, militaristischen Aspekte von Ramstein sind die alleinige Ursache dafür, dass jetzt deutlich weniger auf der Straße waren, als zuvor. Aber wir müssen das nächste Mal zumindest dahingehend versuchen, wieder mehr auf die Straße zu bringen, indem wir diese zentrale Bedeutung für die Kriegsführung und den Imperialismus verdeutlichen und mit der Forderung nach Kündigung der Stationierungsorte der NATO in Deutschland verknüpfen.

Möglicherweise, wenn die Forderung nach Kündigung der Stationierung auf die Tagesordnung kommt, ist möglicherweise die Forderung nach einem NATO-Austritt auch gar nicht mehr nötig, weil, wer dürfte noch in der NATO sein, der alle NATO-Truppen rausschmeißt? Das wäre ja ein gewisser Widerspruch. Ich werbe nochmal auch aus einem anderen Gesichtspunkt dafür, das Problem der Stationierungsorte oder der Truppenstationierung hier in den Mittelpunkt zu stellen. Wir haben ja alle bei der Unterschriftensammlung (gegen) die 2 Prozent erkannt, dass die 2 Prozent zu abstrakt sind. Dann musst du hergehen und erklären, wie viele Milliarden das sind, bzw. wie viele es mehr sind und wofür die ansonsten gut wären? Und andere sind auch schon hergegangen und haben gemeinsam mit diesem schönen Blatt unseres Vereins (*einem Flugblatt der Freidenker*) diese Unterschriftenliste mit dem Motto überreicht, "Ihre Unterschrift gegen einen Krieg mit Russland", und schon hattest (du) eine kleine Verknüpfung geschafft.

Und diese Forderung "Stationierungsorte" hat natürlich ein ganz praktisches Beispiel: Die NATO – ob man aus diesem Verein in Brüssel austritt – in Stuttgart oder in Chemnitz – wo wohnst Du? – oder in Dortmund, ist das eine doch relativ abstrakte Veranstaltung, oder es ist zumindest etwas weiter weg. Aber die Stationierungsorte sind ganz nah hier, und die machen Krach, die machen Dreck, und dort ist die Bedrohung greifbar, sichtbar. Und es sind nach dem alten Motto "Raketen sind Magneten" – natürlich ist das richtig – naheliegende, lebensbedrohliche Ereignisse. Und von daher denke ich mir, dass die Orientierung auf diese Problematik "Stationierungsorte müssen geschlossen werden", eine Veranstaltung ist, die auch eine einfacher und praktischer vermittelbare Geschichte gegenüber der Bevölkerung darstellen kann.

Transkript: LUFTPOST (Nrhz.de flyer 675 =25251)
http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP13118_240918.pdf



Was kostet uns die NATO???

Hoffentlich nicht das Leben!

www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=25218

Der Vorsitzende der Marx-Engels-Stiftung, Hermann Kopp, in seiner Anti-Kriegstags-Rede am 1. September 2018 in Düsseldorf
 Am 2. September war Hermann Kopp bei den Freidenkern in Duisburg zu Gast bei Marx in Marxloh.

alle Videos:

www.youtube.com/user/arbeiterfotografie/videos

Klaus von Raussendorf im DDR-Kabinett 2018
 Appell zur Aufkündigung des Truppenstationierungsvertrags. Frieden mit Rußland!

DER TIEFE STAAT WILL DEN GROSSEN KRIEG

Am 7. Oktober 2018 hielt Klaus von Raussendorf einen Redebeitrag bei der Veranstaltung des DDR-Kabinetts Bochum zur Erinnerung an den 69. Jahrestag der DDR. Nachfolgend ein leicht gekürzter Textauszug.

Käme es zu einem großen Krieg, wären die ausländischen Militärbasen in Deutschland eine große Gefahr für die deutsche Bevölkerung. Freundschaftliche Beziehungen zwischen Russland und Deutschland im Rahmen der entstehenden polyzentrischen Weltordnung sind die realistische Alternative zur aggressiven Durchsetzung westlicher Vorherrschaft und globaler Chaos-Politik. Die Aufkündigung des Truppenstationierungsvertrages ist dringend geboten. Warum es besser für uns Deutsche ist, mit Russland in Frieden und Freundschaft zu leben, scheint derzeit besonderer Begründungen zu bedürfen. Die in europäisch-atlantischen Weltmachtfantasien befangenen Eliten Deutschlands sind auf einem gefährlichen anti-russischen Kurs. Es tut daher Not, sich einige wichtige Aspekte unseres großen Nachbarlandes im Osten vor Augen zu halten.

Russland ist ein interessanter Partner für jedes Land...

► Russland vertritt eine realistische Betrachtungsweise der aktuellen Weltlage. So erklärte der russische Außenmi-

nister Sergei Lawrow am 28. September 2018 vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN):

„Heute sehen wir den Zusammenprall zweier gegensätzlicher Trends. Auf der einen Seite gewinnen die polyzentrischen Prinzipien der Weltordnung an Stärke und neue wirtschaftliche Wachstumszentren nehmen Gestalt an. Wir sehen Nationen, die darum kämpfen, ihre Souveränität zu erhalten und die Entwicklungswege einzuschlagen, die ihrer ethnischen, kulturellen und religiösen Identität gemäß sind. Auf der anderen Seite sehen wir das Bestreben einer Reihe westlicher Staaten, die bemüht sind, ihren Status als selbsternannte „Welt-Führer“ beizubehalten und die unumkehrbare Bewegung hin zu Multipolarität, die objektiv stattfindet, zu verlangsamen. Dazu ist ihnen jedes Mittel recht, einschließlich politischer Erpressung, wirtschaftlichem Druck und brutaler Gewalt.“

- ▶ Russland verfolgt dementsprechend eine Politik der Schaffung einer neuen Weltordnung auf der Basis polyzentrischer Prinzipien, sowohl im Rahmen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, der Organisation der BRICS-Staaten und der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit als auch in seinen Beziehungen zu allen Staaten der Welt.
- ▶ Russland blockiert den Missbrauch des VN-Sicherheitsrats, dies umso entschlossener nach der Aggression gegen Libyen durch Frankreich, Großbritannien und die USA.
- ▶ Russland unterstützt Länder, die ihre nationale Souveränität und territoriale Integrität verteidigen. Seine diplomatischen und militärischen Fähigkeiten waren ausschlaggebend dafür, die westliche Strategie gewaltsamer Regierungsumstürze in Syrien endlich einmal zu stoppen.
- ▶ Russland ist in seiner föderalen Staatsordnung auch vorbildlich für eine Politik des harmonischen Zusammenlebens verschiedener ethnischer Gemeinschaften. Bezeichnenderweise ist der Staatsname „Rossijskaja Federacija“, was in korrekter deutscher Übersetzung nicht „Russische Föderation“ sondern „Russländische Föderation“ heißt.
- ▶ Russland bietet allen großen Religionen der Welt einen Platz in der Kultur des Landes.

Russland ist bekannt für sein starkes Nationalbewusstsein. Es pflegt die besten nationalen Traditionen aus allen Epochen seiner Geschichte, einschließlich der Sowjetzeit.

- ▶ Russland existiert in einer Gesellschafts- und Staatsform, die nicht zuletzt auch durch die sozialistische Vergangenheit geprägt ist. Kennzeichnend ist, dass die Entwicklungsrichtung maßgeblich nicht durch kapitalistische Partikularinteressen sondern durch die Bedürfnisse der großen Mehrheit der Menschen bestimmt wird. Nicht die Diktatur angeblich effizienter Märkte entscheidet, sondern letztlich die Willensbildung in demokratisch gewählten politischen Instanzen.
- ▶ Russland verfügt über ein Militärwesen, das seinen legitimen Interessen und seiner Rolle in der Welt angemessen ist. In seiner Jahresansprache am 1. März 2018 stellte Präsident Wladimir Putin sechs hypermoderne Waffensysteme vor. „Diese Waffen blockieren die USA“, schrieb der „Stern“ vom 05. März 2018. (...) Mit diesen Systemen hat Russland nach Meinung des „Stern“ bei der Entwicklung von neuen Hyperschallwaffen „die Nase



Freidenker-Transparent in Berlin-Treptow 9.5.2018 am sowjetischen Ehrenmal. 9. Mai: Tag des Sieges, 8. Mai: Tag der Befreiung – foto: arbeiterfotografie.com Artikel und Videos: NRhZ.de Nr. 659 vom 16.05.2018

vorn“. Die eigentliche Gefahr aber bestehe für den Westen nach Meinung des Blatts darin, dass Russland derartige Systeme anderen Staaten anbieten könnte. Wie in letzter Zeit verlautet verhandeln die Türkei, Indien und Iran bereits über die Lieferung von S400-Raketen, des besten Raketenabwehrsystems seiner Art. Washington sucht dies zu verhindern und droht mit Sanktionen. Denn die Fähigkeiten der USA, weltweit militärische Gewalt einzusetzen, würden dadurch erheblich gemindert. Seit wenigen Tagen verfügen die syrischen Streitkräfte nunmehr über das S300-Abwehrsystem, wodurch die Russen nach Expertenmeinung eine Art informeller Nicht-Überflugzone über Syrien errichtet haben. Netanjahu nannte dies „unverantwortlich“. Israel hat häufig Ziele in Syrien bombardiert; dies ist als Unterstützung militärischer Gruppen zu werten, die in letzter Zeit Niederlagen gegen die syrische Regierung erlitten haben.

Soweit der Exkurs über Russlands militärische Möglichkeiten, der keineswegs überflüssig ist, wenn man nur bedenkt, dass Ursula von der Leyen am 6. Juli 2018 im ZDF-Morgenmagazin ohne Scheu vor der eigenen Lächerlichkeit davon redete, der Westen müsse den Dialog mit Russland „aus der Position der Stärke“ führen. Was bedeutet eine solche Sprache? Totale Geschichtsvergessenheit? Pfeifen im Walde? Neigung zu Suizid? (...)

#aufstehen gegen die ausländischen Militärbasen in Deutschland

Dazu könnte nicht zuletzt auch die Friedensbewegung beitragen. Die Friedenskräfte in Deutschland sind bekanntlich bunt und vielfältig, aber noch keineswegs eine wirkliche politische Kraft. Unterschiedliche Gruppen agieren gegen verschiedene Aspekte des Militarismus: gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr, gegen die Erhöhung der Rüstungsausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, gegen die Militärbasis Ramstein als logistische Drehscheibe weltweiter Aggression, gegen Atomwaffen der USA in Büchel, gegen Bundeswehr-Werbung in Schulen und auf öffentlichen Plätzen et cetera.

Sollte Washington einen komplizierten Konflikt irgendwo auf der Welt durch einen direkten militärischen Angriff auf russische Einrichtungen zu einem großen Krieg eskalie-

ren, wären die ausländischen Militärbasen in Deutschland fast unausweichlich Angriffsziele russischer Raketen. Derzeit existieren in unserem Land über 30 ausländische Militärstützpunkte mit 40.000 Mann Personal. Die wichtigsten Standorte der USA befinden sich in Ramstein, Spangdahlem, Wiesbaden und Stuttgart. Man fragt sich, warum das tödliche Risiko dieser mörderischen Installationen längst nicht angemessen thematisiert wird. Diese

PARTEIISCHKEIT

1#Aufstehn. Wagenknecht gegen Merkel

Der Gründungsredakteur des linksliberalen online-Magazins jacobin, Bhaskar Sunkara, stellte am 11.10.2018 Sahra Wagenknecht Fragen (hier in Auszügen) zur Initiative #Aufstehn.

BKS: Nach monatelangen Gerüchten und Spekulationen ist nun Ihre neue Kampagne "Aufstehen" offiziell gestartet. Können Sie uns mehr darüber erzählen, wie es zusammen gekommen ist und wer einige der Schlüsselfiguren bisher waren?

SW: ... Es wird immer deutlicher, dass unsere Demokratie nicht mehr funktioniert. Industrielle Lobbyisten und die Reichen haben viel mehr Einfluss als normale Bürger, und gerade jetzt in Deutschland ist die politische Rechte die einzige Gruppe, die von dieser Situation profitiert. Die AfD – eine Partei, die neben Neo-Nazis in Straßendemonstrationen marschiert – ist zum Oppositionsführer geworden. Dies war der Punkt, an dem ich sagte, dass wir etwas Neues beginnen müssen, dass wir eine neue Bewegung brauchen, um all jene Menschen zu reaktivieren, die sich von den bestehenden Parteien nicht repräsentiert fühlen und Druck für eine sozial gerechtere Politik aufzubauen. ...

BKS: Sie haben gesagt, Ihre Aufgabe ist es, Fragen der sozialen Sicherung in den Mittelpunkt der politischen Debatte in Deutschland zu stellen. Was wären diese Fragen? Können Sie einige der konkreten Forderungen nennen, die die Bewegung stellen wird?

SW: ... Im Gegensatz zu den USA und anderen Ländern mit stark deregulierten „Hire-and-fire“ Arbeitsmärkten, ist die Existenz dieses Sektors ein relativ neues Phänomen in Deutschland. Historisch gesehen waren stark regulierte Arbeitsmärkte hier die Regel, Tarifverträge dominierten. Im Großen und Ganzen hatten die Menschen relativ sichere Arbeitsplätze. Dies hat sich in den letzten zwanzig Jahren dramatisch verändert. ... Und natürlich wollen wir, dass der Staat wieder soziale Güter für alle verfügbar macht und erschwinglich macht, seien es Wohnungen, Gesundheitsversorgung oder Renten. ...

BKS: Sie waren Mitglied der Partei des Demokratischen Sozialismus, also waren Sie von Anfang an sozusagen in die Linke involviert. In den letzten Jahren sind Sie der dominanten Ausrichtung der Partei kritischer gegenübergestanden, und Teile der Partei sind Ihnen gegenüber immer kritischer geworden. Wie erklärst du das, was eine wachsende Kluft zwischen dir und zumindest einigen Teilen der Partei zu sein scheint? Und wie würden Sie die Erfolge und Misserfolge von Die Linke in den elf Jahren ihres Bestehens bewerten?

SW: Die Linke ist mit Sicherheit ein sehr wichtiger Erfolg: Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte hat sich eine Linkspartei der Sozialdemokratie im Parlament fest etabliert und regelmäßig rund 10 Prozent der Stimmen erhalten. Das Ziel von Die Linke war auch, den Druck auf die SPD zu erhöhen, um sie zu einer sozialdemokratischeren Politik zu zwingen. ...

BKS: Sie haben ein breites Bild einer Bewegung links von der Sozialdemokratie dargestellt. Allerdings haben sich viele der bestehenden antirassistischen Strömungen in Deutschland bisher von Aufstehen distanziert und Skepsis gegenüber dieser geäußert. Warum ist das?



9.5.2018 am sowjetischen Ehrenmal. 9. Mai: Tag des Sieges mit Bild „unsterbliches Regiment“ – foto: arbeiterfotografie.com Artikel, Fotos, Videos: NRhZ.de Nr. 659 vom 16.05.2018

Gefahr ist nicht schicksalhaft, es wäre relativ einfach, sie aus der Welt zu schaffen, sofern beispielsweise die neue Sammlungsbewegung „#aufstehen“ den erforderlichen politischen Druck entfalten würde.

Dazu müsste die deutsche Regierung vom souveränen Recht Deutschlands Gebrauch machen, die völkerrechtliche Grundlage dieser ausländischen Truppenstationierung auf deutschem Boden zu kündigen. Der „Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland“ vom 23. Oktober 1954 gilt zwar auch nach dem Abschluss des Zweipunkt-Vier-Vertrages vom 12. September 1990 weiter. Der so genannte Truppenstationierungsvertrag kann aber nach völkerrechtlicher Wiederherstellung der vollen Souveränität Deutschlands gekündigt werden, und zwar aufgrund einer durch Notenwechsel vom 25. September 1990 getroffenen Vereinbarung. Die Kündigungsfrist beträgt zwei Jahre.

Würde die Aufkündigung des Truppenstationierungsvertrages zu einer zentralen Forderung oppositioneller Kräfte gemacht werden, würde die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO und den militärischen Strukturen der EU damit quasi automatisch in Frage gestellt. Die Friedensbewegung bekäme mit dieser Forderung genau das Kettenglied in die Hand, das mit allen anderen Aspekten der Kriegsgefahr zusammenhängt. Ähnlich dem Protest gegen die Stationierung der US-amerikanischen Pershing-Raketen könnte die Konzentration auf die Forderung nach Kündigung des Truppenstationierungsvertrages die Friedensbewegung zu einer einheitlichen und erst dadurch wirkungsvollen politischen Kraft werden lassen. Darin läge ein grandioser Beitrag zu Frieden und Freundschaft mit Russland.

Die ungekürzte Fassung ist parallel bei Rubikon und in der Neuen Rheinischen Zeitung erschienen.

NATO raus  **raus aus der NATO**
neinzurnato.de/aufruf – aktuell über 60 Unterstützerguppen

SW: ... Dazu gehören natürlich auch Probleme im Zusammenhang mit der Einwanderung. ... Aufgrund der unzureichenden Wohnungspolitik in den letzten Jahren herrscht auf dem deutschen Wohnungsmarkt eine äußerst angespannte Situation und die Menschen stehen in Konkurrenz zu Mietwohnungen, da vor allem in ärmeren Stadtteilen die Mieten weiter steigen. Das wird natürlich dazu führen, dass die Menschen Bedenken gegen die Ankunft weiterer Flüchtlinge haben, die sich auch in die ärmeren Viertel aufmachen, um dort eine Unterkunft zu finden.

Auf dem Arbeitsmarkt, der - wie ich bereits erwähnt habe - dramatisch dereguliert wurde, wächst der Wettbewerb im Niedriglohnsektor. Flüchtlinge werden sogar ausdrücklich dazu gedrängt, die Löhne unter Druck zu setzen, was wiederum die Flüchtlingsfeindlichkeit fördert. Wir müssen deutlich machen, wer für diese Probleme verantwortlich ist - natürlich sind es keine Flüchtlinge. Aber wir müssen über diese Probleme reden, auch wenn das für manche schwierig ist.

BKS: Vieles von dem, was viele von uns als vielversprechendere Projekte der europäischen Linken betrachten - was jetzt in Deutschland passiert, La-France-Insomise, in gewisser Weise Corbyns Bewegung (der vorgeworfen wird, exzessiv für den Brexit zu sein) - wurden beschuldigt Nationalismus in den Medien und bestimmten Kreisen, eine besonders abwertende Framing im deutschen Kontext. Was würden Sie zu diesen Kritikern sagen, und wie steht es überhaupt mit dem Gespenst des Nationalismus?

SW: Ich halte Nationalismus für unvereinbar mit linker Politik. Für mich bedeutet Nationalismus, dass Sie sich aufgrund Ihrer Herkunft - Ihrer Nationalität - als überlegen erklären und andere Nationen und Kulturen verunglimpfen, sie als weniger betrachten. ... Es ist jedoch eine ganz andere Sache, zu verlangen, dass der Staat, so wie er derzeit existiert, wieder seine regulierende Macht ausübt. Und es scheint mir klar zu sein, dass diese globalisierte Welt des grenzenlosen Kapitalismus - des sich verschärfenden, hemmungslosen Kapitalismus - vor allem eine Welt ist, von der große Konzerne profitieren. Gegenwärtig gibt es keine demokratischen Institutionen, die auf globaler Ebene operieren. Uns bleiben nur Staaten als mehr oder weniger potentiell funktionierende demokratische Regulierungsbehörden. Aus diesem Grund fordert Aufstehen, dass der Staat den Kapitalismus im Interesse seiner Bürger reguliert und die Gewinnmotive begrenzt. ...

[Anmerkung der Redaktion: die etwas holprige Übersetzung der jacobin-Redaktion haben wir übernommen. Das vollständige Interview ist hier nachzulesen: <https://jacobinmag.com/author/sahra-wagenknecht>]

2#Aufstehn. Gegen das Nationen-Gesetz

Halbfaschistisch nennt Uri Avnery in seinem Artikel vom 4. August 2018 das am 19. Juli 2018 in Israel von der Knesset verabschiedete Nationen-Gesetz. Es ist der letzte Artikel, den er vor seinem Tod geschrieben hat. Er endet mit den Sätzen: „Wir müssen entscheiden, wer wir sind, was wir wollen und wohin wir gehören. Andernfalls ist unser Staat dazu verdammt, dauerhaft ein Staat der Zeitweiligkeit zu sein.“ das Gesetz nach Auffassung von Sani Ibrahim Azar, Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land (ELCJHL). Hier der vollständige Wortlaut seiner Erklärung:

„Am 19. Juli verabschiedete die Knesset ein Grundgesetz, welches Israel als die 'nationale Heimat des jüdischen Volkes' verankert und das 'Recht, seine nationale Selbstbestimmung im Staat Israel auszuüben, einzig dem jüdischen Volk' zugesteht. Dieser Beschluss weckt in mir als Bischof im Heiligen Land große Bedenken. Denn dieses neue Gesetz schließt vorsätzlich die 1,5 Millionen BürgerInnen Israels aus, die als arabische Israelis gelten und die sich als ebensolche verstehen. Es missachtet ebenso die Gegenwart von BürgerInnen und EinwohnerInnen, die Glieder anderer religiöser Gruppen sind, sowie deren erhebliche Beiträge zur israelischen Gesellschaft. Trotz der großen Vielfalt (diversity), die in der israelischen Gesellschaft zu finden ist, bevorzugt dieses Gesetz nur eine Kultur und nur eine ethnische Gruppe, wobei die arabische Sprache herabgestuft wird und nur noch einen 'Sonderstatus' erhält.

Noch größere Sorge löst jedoch der Teil des Gesetzes aus, der festhält: 'Der Staat sieht die Entwicklung jüdischer Siedlungen als nationalen Wert an und wird deren Gründung und Festigung ermutigen und befördern.' Es ist schwer nachzuvollziehen, inwiefern die Unterstützung und Förderung der Errichtung abgegrenzter, monokultureller und monoreligiöser Ortschaften auf israelischem Gebiet (oder in den palästinensischen Gebieten in Form illegaler Siedlungen) den Staat Israel in Richtung einer friedlichen Zukunft bewegen soll. Die geäußerte Absicht, ausschließlich jüdische Gemeinden zu schaffen, löst Alarm bei allen christlichen, muslimischen, drusischen und beduinischen Einwohnern aus, die an denselben Rechten wie andere israelischen BürgerInnen teilhaben wollen.

Als Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land muss ich die Knesset aufrufen, dieses Gesetz wieder aufzuheben. Es wirkt grundlegend spaltend, rassistisch und destruktiv. Über viele Jahre haben hochrangige israelische PolitikerInnen protestiert, wenn das Wort 'Apartheid' benutzt wurde, um die Situation in diesem Land zu beschreiben. Die Annahme dieses Gesetzes macht es jedoch schwierig, noch dagegen zu argumentieren, nachdem diese Situation nun per Gesetz kodifiziert worden ist. Indem erklärt wird, dass Israel nicht länger die Heimat für nichtjüdische Menschen sein könne – oder für jene BürgerInnen, die die arabische Kultur repräsentieren –, ist offiziell eine niedere Klasse von Menschen innerhalb der Nation geschaffen worden.

Ich rufe die vielen BürgerInnen Israels und alle Menschen guten Willens auf, sich gegen dieses Gesetz auszusprechen und für eine Zukunft einzustehen, in der alle Menschen gleichberechtigt in diesem Land leben und gleichermaßen Verantwortung für das gesellschaftliche Leben tragen können.“

3#Aufstehn. Gegen Widersprüche

"Es ist unmöglich, ein Land wie Palästina zu übernehmen, das von einem anderen Volk bewohnt wird, ohne das Ziel zu vertuschen und seine Taten vor Ort hinter einem Schirm blumiger Worte zu verbergen."

Arn Strohmeier in Das Krokodil (26): Die "Israelisierung der Welt" als Modell für die Zukunft

KLASSIKER

W.I. Lenin: Thesen zur nationalen und kolonialen Frage

1. Der bürgerlichen Demokratie ist ihrem ganzen Wesen nach eine abstrakte oder formale Fragestellung hinsichtlich der Gleichheit überhaupt, darunter auch hinsichtlich der nationalen Gleichheit eigen. Unter dem Schein der Gleichheit der menschlichen Persönlichkeit überhaupt proklamiert die bürgerliche Demokratie die formale oder juristische Gleichheit des Eigentümers und des Proletariers, des Ausbeuters und des Ausgebeuteten, und begehrt damit den ungeheuerlichsten Betrug an den unterdrückten Klassen. Die Idee der Gleichheit, die selbst eine Widerspiegelung dem Vorwand angeblich absoluter Gleichheit der menschlichen Persönlichkeiten in ein Werkzeug des Kampfes gegen die Aufhebung der Klassen verwandelt. Der wahre Sinn der Forderung nach Gleichheit liegt aber nur darin, daß die Aufhebung der Klassen gefordert wird.

2. Die kommunistische Partei, die dem Kampf des Proletariats um die Abschüttelung des Jochs der Bourgeoisie bewußt Ausdruck verleiht, darf entsprechend ihrer grundlegenden Aufgabe, die bürgerliche Demokratie zu bekämpfen und die Verlogenheit und Heuchelei dieser Demokratie zu entlarven, auch in der nationalen Frage keine abstrakten und keine formalen Prinzipien in den Vordergrund rücken, sondern muß ausgehen: erstens von einer genauen Einschätzung der konkreten historischen und vor allem der ökonomischen Situation; zweitens von einer klaren Herauslösung der Interessen der unterdrückten Klassen, der Werktätigen, der Ausgebeuteten, aus dem allgemeinen Begriff der Volksinteressen schlechthin, der die Interessen der herrschenden Klasse bedeutet; drittens von einer ebenso klaren Unterscheidung zwischen unterdrückten, abhängigen, nicht gleichberechtigten und unterdrückenden, ausbeutenden, vollberechtigten Nationen, im Gegensatz zu dem bürgerlich-demokratischen Lug und Trug, vermittels dessen man die der Epoche des Finanzkapitals und des Imperialismus eigene koloniale und finanzielle Versklavung der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung des Erdballs durch eine verschwindende Minderheit der reichsten fortgeschrittenen kapitalistischen Länder zu vertuschen sucht.

(Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur nationalen und kolonialen Frage, veröffentlicht am 14. Juni 1920 in der Zeitschrift *Kommunistisches Internazional* Nr.11 als Diskussionsgrundlage für den II. Kongreß der Kommunistischen Internationale)

Essay zum Thema Kritik, Reinhard Jellen, 2004

"Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, die Schmach noch schmachvoller, indem man sie publiziert. (...) man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum

Tanzen zwingen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt!" (Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie)

Wie man aus der misslungenen Religionskritik Friedrich Nietzsches (das ist der mit dem blöden Bart) ersehen kann, die Georg Lukács nicht unzutreffend als 'religiösen Atheismus' bezeichnet hat, besteht die Crux einer jeden noch so kritisch gemeinten Anti-Position darin, daß man sich genau von dem abhängig macht, was man bekämpfen will, nützt es gleichfalls wenig, wenn man den Forschungsgegenstand künstlich klein macht und dann mit einer moralischen Fliegenpatsche draufhaut, sondern man muss ihn im Gegenteil voll zur Kenntnis nehmen, um dann die eigene Gegenposition daraus zu entwickeln. Man muss sich also in den Umkreis der Stärke dessen stellen, was man kritisiert, muss den Gegner voll begriffen haben, ihn richtig stark machen, um dann nach seinen blinden Flecken zu forschen. Von außen kritisieren kann der Vollepp auch.

Für die Kritik ist die Grundlage und der letzte Prüfstein die Logik der Sache selbst: Die Kritik lässt sich ganz auf den Gegenstand ein und behandelt ihn zugleich im Prozess seiner geschichtlichen Genese und Aufhebung. Somit vermeidet die Kritik sowohl den Dogmatismus als auch den Utopismus. Die kommende Welt wird aus den Formen der gegenwärtig Existierenden entwickelt. Somit stellt die Kritik die realen Widersprüche innerhalb des Bestehenden nicht nur fest, sondern erklärt ihre Entwicklung, Notwendigkeit und ihre potentielle Aufhebung. Für Marx ist also die Darstellung des Gegenstands bei gelungener Ausführung gleichbedeutend mit seiner Kritik, weil der Gegenstand im Fluss seiner Entwicklung begriffen, nicht nur im Rahmen seines Entstehens und Bestehens, sondern mit dem Verständnis seiner Positivität auch die Möglichkeit der Bedingung seiner Negation - von seiner vergänglichen Seite her - erfasst wird. Das ist also der dialektische Witz an der politischen Ökonomie: "Das unmittelbar Gegebene wird abgeleitet als vermitteltes Resultat und partikulares Moment aus einem vermittelndem ganzen Bewegungszusammenhang: Das Sein der 'gewordenen Form' wird aus dem Werden erklärt; das Produkt aus dem Produzieren hergeleitet, das Objekt aus dem Subjekt, die Struktur aus der Genesis." (Elmar Treptow)

Die Herrschenden werden aufhören zu herrschen, wenn die Kriechenden aufhören zu kriechen.
Friedrich Schiller

immer wieder mittwochs: NRhZ.de

NRhZ-ONLINE
Neue Rheinische Zeitung

TERMINE / kurz und knapp

Ausstellung bis 20.12.2018, Köln
Galerie Arbeiterfotografie,
Merheimerstraße 107, 50733 Köln
Das Statement bzw. der Aufruf von Yoko Ono und John Lennon "war is over, if you want it" geriet zur Legende der Selbstermächtigung. Auf der website warisover.com wird das Motiv kostenlos in allen (Zeichen-) Sprachen zur Weiterverbreitung angeboten. Derzeit ist es Leitmotiv der Ausstellung „Yoko Ono & Co.“ in der Kölner Galerie Arbeiterfotografie. Was kann Kunst bewirken? Die Dadaisten verbreiteten angesichts des I. Weltkrieges die Losung „Die Kunst ist tot“, (es lebe die Maschinenkunst Tatlins). Die ausstellende Künstlerin Anne Ruth Kieschnick arbeitet multimedial, ist Bildhauerin und wirkt mit Marmor, Holz, Metall und Pappmasché. Mit ihrer Fotografie reflektiert sie auch andere Künstler wie Broska/Tauchert, die Schöpfer der „Kommunikation ohne technische Hilfsmittel“ (Kontaktcafé, 1980er). Öffnung nach Vereinbarung.

WAR IS OVER!

IF YOU WANT IT

Love. John & Yoko

WARISOVER.COM #WARISOVER

Freitag 23.11.2018, 20 Uhr, Galerie Arbeiterfotografie (s.o.)
Werner Rügemer stellt sein neues Buch "Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts. Gemeinverständlicher Abriss zu den



neuen Finanzakteuren" vor. Große Kapitalorganisatoren wie BlackRock&Co sind auch die Haupteigentümer von Facebook, Google, Amazon, Microsoft und Apple, und sie arbeiten mit Militär und Geheimdiensten zusammen – wer weiß das schon hier im verschlafenen Deutschland?

360 Seiten, 19,90 Euro, Papyrossa-Verlag, Köln 2018 (erscheint in chinesischer Sprache auch in China)

VERANSTALTUNGEN im NRW-FREIDENKER-ZENTRUM, 50678 Köln, Bayenstrasse 11

(erreichbar mit KVB-Linie 15 u. 16 Haltestelle "Ubierring" bzw. KVB-Bus-Linie 106 Haltestelle "Reinhausen")

Jeden letzten Donnerstag/Monat ab 17 Uhr, Köln, FD-Zentrum
Die Kölner Freidenkerinnen und Freidenker und Interessierte treffen sich jeden letzten Donnerstag im Monat ab 17 Uhr im Freidenkerzentrum. Wir diskutieren in lockerer Runde über politische und philosophische Themen.

Jeden 1. Sonntag im Monat, 11 bis 13 Uhr, Duisburg
Kaiser-Wilhelm-Straße 284 zu aktuellen Themen. Eine Bildungsreihe der DFV-Gruppe Duisburg, die sich mit dem Wirken von Karl Marx, dem genialen Denker, Humanisten und Revolutionär befasst. Gegen Spende gibt es ein Frühstück. Telefonische Anmeldung bei Elfie Reiners unter 0203/597388

Jeden zweiten Mittwoch im Monat ab 19 Uhr, Bonn
im Bonner Freidenker-Treff in der "Olive", Brüdergasse 12
Wer regelmäßig eingeladen werden möchte, schicke bitte eine eMail an Klaus von Raussendorff: raussendorff@web.de

FREIDENKER

FÜR DEN FRIEDEN

Jedes Jahr am 8. Juli wird in vielen Städten unseres Landes die Flagge des weltweiten Bündnisses der Bürgermeister für den Frieden, der Mayors for Peace, gehisst.

Die Organisation Mayors for Peace wurde 1982 durch den Bürgermeister von Hiroshima ins Leben gerufen und 1991 von den Vereinten Nationen als Nichtregierungs-

organisation registriert. Ihr gehören weltweit mehr als 7.500 Städte und Gemeinden aus 163 Ländern an, in Deutschland sind es mehr als 550, darunter 272 mit Flaggenrecht.

Die Flaggen der Mayors for Peace werden jedes Jahr am 8. Juli als Erinnerung an die völkerrechtliche Verpflichtung zur vollständigen Abrüstung aller Atomwaffen gehisst. Am 8. Juli jährt sich das vom Internationalen Gerichtshof 1996 veröffentlichte Urteil: Die Androhung und der Einsatz von Nuklearwaffen sind völkerrechtswidrig. Die Atomwaffenstaaten sind verpflichtet, ihre Atomwaffen auf Null abzurüsten. Der Oberbürgermeister der Stadt Duisburg, Sören Link, gehört dem weltweiten Städtebündnis an, nimmt jedoch persönlich an der Flaggenhissung nicht teil, sondern überlässt das seinem Stellvertreter, dem Bürgermeister Manfred Osenger. Mitglieder des Deutschen Freidenkerverbandes protestierten gegen diese regelmäßige Abwesenheit des Oberbürgermeister, indem sie einen leeren Stuhl aufstellten.

JETZT KOMPLETT. NRhZ-VIDEO-Dokus

der wissenschaftlichen Freidenker-Konferenz "Individuum und Gesellschaft – Menschenbild und Persönlichkeitstheorie im Marxismus" zum 200sten Geburtstag von Karl Marx (5.5.1818) am 28. April 2018 in Hannover

klaus linder – die leere der frankfurter schule

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=25004>

wolfgang jantzen – persönlichkeits- und sozialer sinn

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=24935>

klaus hartmann – was ist der mensch?

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=24890>

elmar witzgall – warum und wie passen Mensch und Arbeit zusammen?

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=25075>

werner seppmann – das menschenbild des informationstechnologischen kapitals

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=25152>

alle auf [youtube.com/user/arbeiterfotografie/videos](https://www.youtube.com/user/arbeiterfotografie/videos) oder auf DVD: 19,95 Euro (zum persönlichen Gebrauch) bestellen über arbeiterfotografie@t-online.de

Das Lied von der Suppe

von Bertolt Brecht

Wenn du keine Suppe hast
Willst du dich da wehren?
Da musst du den ganzen Staat
Von unten nach oben umkehren
Bis du deine Suppe hast.
Dann bist du dein eigener Gast.

Wenn für dich keine Arbeit zu finden ist
Da musst du dich doch wehren!
Da musst du den ganzen Staat
Von unten nach oben umkehren
Bis du dein eigener Arbeitgeber bist.
Worauf für dich die Arbeit vorhanden ist.

Wenn man über eure Schwäche lacht
Dürft ihr keine Zeit verlieren
Da müsst ihr euch kümmern drum
Dass alle, die schwach sind marschieren
Dann seid ihr eine große Macht.
Worauf keiner mehr lacht.

Diese Ausgabe des freiBrief ist etwas umfangreicher. Anlässlich der zahlreichen Veranstaltungen in den letzten Monaten zu einem zentralen Thema des Verbandes – Frieden mit Russland – wollten wir diese auch möglichst umfassend dokumentieren. Daher bot sich eine Doppelausgabe an. Wir wünschen schon jetzt allen Mitgliedern einen geruhsamen Jahresausklang – zum Kräftesammeln für 2019!

*frei*BRIEF ist das Organ des Landesvorstandes NRW des Deutschen Freidenker-Verbands e.V.
GESCHÄFTSSTELLE:
Bayenstrasse 11, 50678 Köln
LANDESVORSITZ:
Brigitte Streicher
Kleybrede 100 A, 44149 Dortmund

Bank: Deutscher Freidenker-Verband, Volksbank
IBAN: DE06 3806 0186 1902 4930 14
BIC: GENODED 1BRS

INTERNET
www.nordrhein-westfalen.freidenker.org/cms

*frei*BRIEF-REDAKTION
Martin Großkopf
Brigitte Streicher
Anneliese Fikentscher (Gestaltung)
redaktion_freibrief@freidenker.de

REDAKTIONSSCHLUSS
*frei*BRIEF NRW-Info 2019-1: 15. Februar 2019

ACHTES KULTUR- SEMINAR

NATURFREUNDE-
HAUS RAHNENHOF
(PFALZ)

21.-23.
JUNI 2019

Veranstalter:
Freidenker

Deutscher Freidenker-
Verband
Landesverbände RLP/
Saar & Hessen,
Niedersachsen, Nord-
rhein-Westfalen,
Baden-Württemberg
www.freidenker.org

In Zusammen-
arbeit mit:

ARBEITER
FOTOGRAPHIE

Jenny Marx
jmg Gesellschaft

NRH7 ONLINE
Neue Rheinische Zeitung



Auch nach dem Umzug vom Hunsrück in die Pfalz knüpfen wir mit dem Linken Liedersommer an die Liedermacher-Tradition der APO-Zeiten auf Burg Waldeck an.

Wir laden ein zu Musik und gemeinsamem Singen am abendlichen Lagerfeuer, zur Debatte über Kunst und Gesellschaft in Arbeitsgruppen, zum Abendprogramm aller Mitwirkenden auf der Freilicht-Bühne unter Beteiligung möglichst vieler Teilnehmer sowie zu einer besonderen Kultur-Matinée am Sonntag.

VERANSTALTUNGSORT
Naturfreundehaus Rahnenhof
Hintergasse 9
67316 Carlsberg-Hertlingshausen /Pfalz

www.linker-liedersommer-waldeck.de